

IHRE FRAGE ZUM KLIMA

Das Thema Klimaschutz betrifft uns alle. Uns steht ein großer Umbruch bevor. Natürlich gibt es wie bei jedem Umbruch Beharrungskräfte, Widerstände und vor allem viele, viele Fragen: Ist es wirklich nötig, dass wir unsere Lebensweise verändern?

Das Thema hat unzählige Facetten, angefangen bei der konkreten Stromrechnung, mit der jeder Mensch in Deutschland den Ausbau der erneuerbaren Energien via EEG-Umlage mitfinanziert. Wie funktioniert der Handel mit Emissionszertifikaten? Dürfen wir kein Fleisch mehr essen? Kaufe ich mir jetzt einen Stromer, oder warte ich, bis die Wasserstofftechnologie so weit ist? Die Unsicherheit ist groß. Welche Fragen treiben Sie in diesem Zusammenhang um? Stellen Sie uns diese Fragen! Lesen Sie dazu auch frblog.de/klimastreik-2 Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Fast ein Schnäppchen

Erwiderung auf „Flickschusterei bei der Rente“, Leserforum vom 12.11.

Liebe Frau Zech, die Schuld für die Malaise allein der SPD anzulasten, halten wir für nicht sehr fair, denn es ist anzunehmen, dass bei der „Ferkelerei“ auch die christlichen Parteien beteiligt waren. Es ist erschreckend festzustellen, mit welcher sozialen Kälte der Parteien gegenüber armen Menschen in der Gesellschaft vorgegangen wird. Die Volksparteien brauchen sich nicht zu wundern, wenn viele Stimmen an die Rattenfänger im rechten Parteispektrum verloren gehen.

Wir hoffen, dass die Grundrente dazu beiträgt, die Schere zwischen Arm und Reich einige Millimeter zu schließen. Wir sind erstaunt festzustellen, dass die Gesamtkosten der Grundrente sich „nur“ auf 1,5 statt drei Milliarden belaufen. In Anbetracht der Summen, die unser Verkehrsminister für sein Lieblingsprojekt verballert hat, erscheinen uns die Kosten nahezu wie ein Schnäpschen.

Sehr erstaunt sind wir zu hören, dass, ab Anfang nächsten Jahres, die Bezieher von Firmenpensionen, und dazu gehören auch wir, ein „Zuckerle“ von Euro 30 monatlich (Gesamtkosten 1,2 Milliarden) bekommen, und fragen uns, wofür das gut sein soll. Es stinkt nach Gießkanne! Anita und F.W. Osterloh, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/grundrente-2

SORRY

Im Gespräch „Wenn die Chinesen Rügen kaufen...“ (15.11., S. 30) wurde behauptet, das der Hafen von Triest 600 Kilometer näher an München sei als der von Hamburg. Die Entfernung München - Hamburg beträgt rund 800 Kilometer, die zwischen München und Triest rund 500 Kilometer. Triest ist also 300 Kilometer näher an München.

Keine Gewöhnung möglich

Zu: „Ministerin will mehr Bundeswehreinheiten“, und „Die BRD ist nicht das NS-deutsche Reich“, FR-Politik vom 8. u. 12.11.

Politik sollte auf Frieden und Abrüstung zielen

Der Bundeswehrhistoriker Michael Wolffsohn will uns an die Bundeswehr-Gelöbnisse „gewöhnen“, „wenn öffentliche Gelöbnisse zur Routine werden“. Die christliche Verteidigungsministerin hält die Deutschen mit Blick auf die militärstrategische Ausrichtung Deutschlands für „entwöhnt“. Ihr scheint die eher pazifistische Orientierung einer Mehrheit der Deutschen, die sich auch klar gegen Bundeswehrauslandseinsätze ausspricht, eher nicht zu gefallen. Gebetsmühenhaft fordert sie die drastische Erhöhung der Militärausgaben und zeigt sich als überzeugte und treue Nato-Anhängerin.

Im „Handelsblatt“ wird deshalb schon unter „Kaufen - Halten - Verkaufen“ für das „Handelsblatt-Depot“ mit der Überschrift „Profitieren von Rüstungsausgaben“ für den „Depotwert Rheinmetall“ geworben. Diese Rüstungsschmiede realisiert durch bundesdeutsche Staatsrüstungsaufträge außerordentliche Profite.

Ja, Deutschland ist nicht das „NS-deutsche Reich“ aber mit der AfD auf völkisch-nationalistischen Pfaden. Da gelobe ich mir als Pazifist mit Blick auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg militärische Enthaltensamkeit Deutschlands.

Wie wär's, wenn sich die Bundeswehr einzig auf die Landesverteidigung konzentriert und deutsche Politik-Bemühungen auf Abrüstung und Frieden zielen? Auch eine garantiert umweltfreundliche atomare Abrüstungsinitiative aus Deutschland stände uns gut zu Gesichte!

Die in Rüstung gebundenen Staatsausgaben werden dringend für friedliche Zwecke benötigt. An einen so hohen Rüstungsetat wie 2020 kann und will ich



Mehr als 30 Jahre nach dem Abzug der ersten Pershing-II-Raketen aus Deutschland wird ein neuer Rüstungswettlauf befürchtet. DPA

mich nicht „gewöhnen“ – auch nicht für die Folgejahre!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Rekordverdächtige Rüstungsexporte

Das Geschäft mit dem Tod blüht auf. Was kümmert die deutsche Bundesregierung das Elend anderer Nationen? Herzlichen Glückwunsch, CDU/CSU, die den Tod sicher als humanitäre Angelegenheit betrachten, denn wer tot ist, braucht weder Nahrung noch Wasser oder Wohnung und Arbeitsplatz. Also reine Humanität dieser Schwesterparteien.

Die SPD bringt sich aber um ihre Klientel, für welche sie antritt einzutreten. Denn wer tot ist, der braucht weder eine Arbeiterpartei, was früher die SPD verkörperte, noch politischen Einsatz für Frieden und gerechten Lohn. Das Thema hat sich dann erledigt, so ganz im Sinne

der neuen Kriegsministerin, äh, man nennt es wohl verwirrend Verteidigungsministerin – ganz im Sinne von Peter Struck, der die deutschen Grenzen auch am Hindukusch sah, vielleicht auch in den Anden, oder am Ural, so klar hatte er es nicht ausformuliert. AKK schon, sie sieht überall wo sie hinschaut die deutsche Grenze. Auch am Kap Horn, Australien, Falkland. Eigentlich weltweit, denn am deutschen Wesen soll die Welt genesen.

Die Bundesregierung hat in den ersten zehn Monaten dieses Jahres Rüstungsexporte im Wert von 7,42 Milliarden Euro genehmigt. Damit erreicht der Wert schon jetzt beinahe den des Rekordjahrs 2015. Die neuen Zahlen gehen aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der stellvertretenden Linksfraktionschefin Dagdelen hervor. Uwe Neumann, Rodgau

Diskussion: frblog.de/militarisierung

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Genuss mit Nebenwirkungen - Wie kaufe ich fair ein?“ Mit Sara Nuru (nuruCoffee), Dirk Heim (Rewe), Franziska Humbert (Oxfam) und Maika Möllers (GIZ).
Dienstag, 19. November, 18.30 Uhr
Museum für Kommunikation
Schaumainkai 53, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Präsentation des Buches „Und täglich grüßt das Phrasenschwein“ von Oliver Georgi (FAZ). Diskussion mit dem Autor und der Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen). In der Reihe Böll kontrovers.
Mittwoch, 20. November, 18.30 Uhr
Hessisches Literaturforum,
Waldschmidtstr. 4, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet Ihrer Gesundheit“, das auf seinen FR-Kolumnen beruht.
Donnerstag, 21. November, 20 Uhr
Buchladen Land in Sicht,
Rotteckstr. 13, Frankfurt

Bascha Mika wird im Deutschlandfunk Kultur zu den Themen des Tages zu hören sein.
Freitag, 22. November, 12 Uhr
Deutschlandfunk Kultur

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion.
Montag, 25. 11, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt.

Peter Hanack moderiert die Preisverleihung an die Science-Tours im Regionalpark Rhein-Main durch die UN-Dekade Biologische Vielfalt.
Freitag, 29. November, 10 Uhr
Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben, Frankfurter Straße 76, Flörsheim

Auf der Basis des Grundgesetzes

Rechtsausschuss: „Aus für AfD-Mann Brandner“, FR-Politik vom 14. November

Ja, es ist sinnvoll und konsequent, dass der Rechtsausschuss des Bundestages Stephan Brandner (AfD) von seinem Amt als Vorsitzenden abberufen hat. Was mich aber irritiert, sind die Gründe dafür, die für im Bericht der FR als Zitat von PolitikerInnen angeführt werden.

Es wird u.a. auf das Schüren von Ressentiments, auf das Vermischen von Toleranz und Respekt bei Herrn Brandner hingewiesen, die Abwahl wird als „Signal gegen Hetze“ beschrieben. So unbestreitbar richtig das in der Beschreibung ist, ich halte es für wichtig, dass in diesem Falle (und in anderen, die das Handeln von VertreterInnen der AfD in Parlamenten betreffen) deutlich Bezug auf unser Grundgesetz genommen wird.

Ja, ein Mitglied des Bundestages und insbesondere ein Vorsitzender des Rechtsausschusses muss sich einer angemessenen

Sprache bedienen. Es muss sich aber in besonderem Maße an der ganz klaren Frage messen lassen, ob sein Reden und Handeln mit dem Grundgesetz (hier insbes. Artikel 1 bis 5, Artikel 20), dessen Ethik und den Grundlagen unserer Demokratie vereinbar sind. Das war bei mehreren Aussagen Brandners – soweit ich sie kenne – nicht der Fall, und eben dies war sicherlich auch das hauptsächliche Kriterium, das zur Abwahl Brandners geführt hat. In den Zitaten in der Berichterstattung wird sich aber eher diffus auf moralische Kriterien bezogen. Warum?

So nachvollziehbar die im Text der FR zitierten Äußerungen zur Kritik an Brandner sind, sie argumentieren primär allgemein moralisch – und sie laden dazu ein, diese Entscheidung als willkürlich und basierend auf scheinmoralischem Gerede abzutun. Oder sogar so weit zu ge-

hen (siehe Kommentar Brandner), die Entscheidung als „weitere(n) Tiefpunkt der Demokratie“ einzuordnen. Auch Herr Maaßen, der offensichtlich unter großem Beifall auf Einladung des Deutschen Arbeitgeberverbandes in Mainz eine Rede hielt, sieht Deutschland auf dem Weg dahin, dass eine „Herrschaft der Moral“ die „Herrschaft des Rechts“ abschafft! Ich halte es, gerade vor dem Hintergrund von unsinnigen Thesen wie diesen für wichtig, dieser scheinheiligen Argumentationsweise keine Türe zu öffnen.

Deshalb ist auch in der Darstellung ein klarer Bezug auf die Fakten unserer Verfassung so wichtig: Entscheidungen im Bundestag wurden und werden nicht auf der Basis subjektiver moralischer Meinungen, sondern auf der Basis des Grundgesetzes getroffen – und das ist gut so! Gabriele Stursberg, Darmstadt